

## **Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Art. 14 DSGVO zur Verarbeitungstätigkeit Erhebung und Festsetzung von Anliegerbeiträgen und damit im Zusammenhang stehende Stundungen und Ratenzahlungen**

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Beitragserhebung verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind §§ 127 ff BauGB, 135 ff BauGB, 6 NKAG i. V. m. städtischen Satzungen i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 S. 1 Nr. 2 NDSG. Die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist daher gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb sind Sie auch verpflichtet, die personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen. Wir haben die personenbezogenen Daten vom Grundbuchamt Oldenburg erhalten. Es werden folgende Informationen über Sie gespeichert: Name, Grundstücksgröße, Lage, Blattnummer und Flurstücksbezeichnung. Ihre Daten werden für einen Zeitraum von 30 Jahren gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Datum der Beitragserhebung. Ihre personenbezogenen Daten werden teilweise an Meldebehörden, Rechtsanwälte, Gerichte, Gemeindekasse, Fachbereich III (Bauordnung, Verkehrsplanung, Tiefbau) weitergeleitet.

Die Gemeinde Bunde als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter [info@gemeinde-bunde.de](mailto:info@gemeinde-bunde.de) bzw. postalisch unter Gemeinde Bunde, Der Bürgermeister, Kirchring 2 in 26831 Bunde kontaktieren. Sie können außerdem den Datenschutzkoordinator der Gemeinde Bunde per E-Mail unter [datenschutz@gemeinde-bunde.de](mailto:datenschutz@gemeinde-bunde.de) kontaktieren. Sie können gegenüber der Gemeinde Bunde im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Art. 16 und Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.